

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,500.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.
incl. Postgebühren 5 M.
Jede einzelne Nummer 25 M.
Belagerungsplan 10 M.
Schichten für Extrablätter
ohne Postförderung 36 M.
mit Postförderung 45 M.
Inserate 50 M. pro Zeile 20 M.
Größere Schriften laut anstehendem
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Sach nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Reclamen-Tarif.
die Spalte für 40 M.
Inserate sind stets an d. Expedi-
tion zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung franco an dem
oder durch Postvorschuß.

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Besprechungsstunden der Redaction:
Donnerstag 10—12 Uhr.
Freitag 10—12 Uhr.
Sonntag 10—12 Uhr.
Ausnahme der Nr. die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Ställen für Inf. Anstalt:
Otto Klemm, Unterstadtstr. 21.
Heinrich Böhm, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 8 Uhr.

Nr. 168.

Montag den 17. Juni 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung, die Pferdervormusterung betreffend.

Nachdem das Königl. Kriegsministerium in Gemäßheit §. 1 der Verordnung, die Aushebung von Pferden für den Bedarf der Armee betreffend, vom 1. März 1877 eine allgemeine Musterung des Pferdebestandes angeordnet hat, so werden die Pferdebesitzer der Stadt Leipzig hierdurch veranlaßt, ihre Pferde (mit Ausnahme der Fohlen unter 3 Jahren, sowie der Degen- und Stuten) der Vormusterungs-Commission vorzuführen. Die Stuten sind jedoch nur dann von der Vorführung befreit, wenn sie nachweislich entweder hochtragend sind oder noch nicht länger als 8 Tage abgefohlt haben.

Die Vorführung erfolgt in nachstehender Weise, als:
1. Vormusterungsbezirk.
welcher die innere Stadt und Seiger Vorstadt, Cat.-Abth. A Nr. 1 bis 816 und B Nr. 1 bis 312 incl. 1 bis 9 Abth. C, sowie Abth. D und F umfaßt, die Pferdebesitzer deren Namen mit den Buchstaben A bis K beginnen,
Wittwoch den 19. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben A bis E früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben F bis K früh „ 9 „)
die Buchstaben L bis Z aber:
Donnerstag den 20. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben L bis Q früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben R bis Z früh „ 9 „)

2. Vormusterungsbezirk.
welcher die Dresdner Vorstadt, Cat.-Abth. B Nr. 313 bis 1200 incl. 10 bis 16 Abth. C umfaßt, die Pferdebesitzer mit den Buchstaben A bis K
Freitag den 21. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben A bis E früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben F bis K früh „ 9 „)
die Buchstaben L bis Z aber:
Sonntag den 22. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben L bis Q früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben R bis Z früh „ 9 „)

3. Vormusterungsbezirk.
welcher die Westvorstadt, Cat.-Abth. B Nr. 1201 bis 1811 incl. 90 bis 90 Abth. C umfaßt, die Pferdebesitzer, welche mit den Buchstaben A bis G beginnen,
Montag den 24. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben A bis D früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben E bis G früh „ 9 „)
die Buchstaben H bis P aber:
Dienstag den 25. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben H bis L früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben M bis P „ 9 „)

ferner
die Buchstaben Q bis Z
Wittwoch den 26. Juni d. J.
(und zwar: die Buchstaben Q bis T früh Punkt 8 Uhr,
die Buchstaben U bis Z „ 9 „)
bei Vermeidung der Zwangsverführung, sowie der in §. 27 des Reichsgesetzes vom 19. Juni 1873 angeordneten Geldstrafe bis zu 160 M. nämlich auf dem bisherigen Wohnplatze vorzuführen.
Von der Verpflichtung zur Vorführung ihrer Pferde sind ausgenommen:
1) Militärliebig regerender deutscher Familien,
2) die Gesandten fremder Mächte und das Gesandtschaftspersonal,
3) Beamte im Reichs- oder Staatsdienste hinsichtlich der zum Dienstgebrauch, sowie Kerkel und Thierärzte hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufs notwendigen Pferde,
4) die Posthalter hinsichtlich derjenigen Pferdezahl, welche von ihnen zur Beförderung der Posten contractmäßig gehalten werden müssen.
Da die Pferde einzeln zu besichtigen sind, so hat die Vorführung von 3 oder mehr Pferden durch mindestens 2 Leute zu erfolgen.
Denjenigen, welche mehr als 12 Pferde besitzen, wird hiermit ausnahmsweise gestattet, dieselben in zwei Abtheilungen, und zwar die eine um 8 Uhr und die andere um 9 Uhr vorzuführen.
Leipzig, den 12. Juni 1878.
Der Königl. Civil-Commissar:
Wittgenstein, Regierungsrath. Sdkt.

Bekanntmachung.

Längs der Grundstücke der neuen Schulen an der Krond- und Volkstraße, sowie den Straßen O und R, des südlichen Bebauungsplanes sollen 2m breite Granit-Trottoir-Platten und Granit-Schwellen zur Einfassung der Fußwege gelegt und an einen Unternehmer in Accord verdingt werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus II. Stage, Zimmer Nr. 1 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bzügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoir- und Schwellenlegung an der VI. Bürger- und VI. Bezirks-Schule“
versehen, ebendort und zwar
bis zum 22. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, den 11. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Wilsch, Refrdr.

Bekanntmachung.

Längs der Grundstücke der neuen Schulen an der Krond- und Volkstraße, sowie den Straßen O und R, des südlichen Bebauungsplanes soll das Pflaster der Fußwege hergestellt und an einen Unternehmer in Accord verdingt werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus II. Stage, Zimmer Nr. 1 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bzügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterung an der VI. Bürger- und VI. Bezirks-Schule“
versehen ebendort und zwar
bis zum 22. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, am 11. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Wilsch, Ref.

Versteigerung von Bauplätzen des nördlichen Bebauungsplanes.

Die der Stadtgemeinde gehörigen, den zwischen der Nordstraße, Barthenstraße, Gutritzer Straße und der von letzterer in westlicher Richtung nach der Nordstraße führenden Querstraße gelegenen Baublock III. des nördlichen Bebauungsplanes bildenden 18 Bauplätze, nämlich

Nr. 19. zu 1250,00 qm.	Nr. 25. zu 1149,118 qm.	Nr. 31. zu 935,55 qm.
„ 20. „ 1018,70 „	„ 26. „ 683,00 „	„ 32. „ 951,57 „
„ 21. „ 1003,297 „	„ 27. „ 674,00 „	„ 33. „ 945,09 „
„ 22. „ 867,756 „	„ 28. „ 700,656 „	„ 34. „ 1181,50 „
„ 23. „ 972,285 „	„ 29. „ 803,51 „	„ 35. „ 670,00 „
„ 24. „ 887,439 „	„ 30. „ 919,53 „	„ 36. „ 670,00 „

soßen
im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29 2. Stockwerk, zum Verkauf versteigert und es wird der Versteigerungstermin pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet, die Versteigerung selbst aber bezüglich eines jeden der in obiger Nummerfolge ausgedeuteten Bauplätze geschlossen werden, sobald darauf kein weiteres Gebot mehr geschieht.
Der Bauplan und die Versteigerungsbedingungen liegen in unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Stockwerk) zur Einsicht aus.
Leipzig, den 13. Juni 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Wilsch, Refrdr.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig.

Donnerstag, den 20. Juni, Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.
Tagesordnung: 1) Abänderung der Geschäftsordnung auf Antrag des Königl. Ministeriums des Innern (Ref. Dr. Reinhard). — 2) Besprechung der vorläufigen Tagesordnung für den Eisenacher Aerztag (Ref. Dr. Heinze). — 3) Delegirten-Wahl zum Aerztag. — 4) Bericht des Standes Ausschusses über ein Schreiben der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft. Dr. Ploss.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 16. Juni.
Der Antrag auf Auflösung des Reichstages war in bundesrätlichen Kreisen nicht ohne Bedenken aufgenommen worden. Namentlich die badische Regierung hatte gewünscht, daß zunächst der bisherige Reichstag einberufen werden wäre, in der Annahme, daß es jetzt den verbündeten Regierungen gelungen sein würde, sich mit einer großen Mehrheit des Parlamentes über die Wahnahmen gegen die Socialdemokratie zu verständigen. So schreibt die „Karlsruher Zeitung“, das Blatt der badischen Regierung, deren Wort in dieser Sache um so größere Beachtung verdient, als es ja die Fürstin dieses Landes war, die mit ihrem kaiserlichen Vater die Gefahr des ersten Attentates getheilt hatte. Die „Karlsruher Zeitung“ betont weiter, daß wenn die badische Regierung schließlich dem Antrage auf sofortige Auflösung die Zustimmung nicht versagt hat, Dies nach der von ihr stets innegehaltenen freisinnigen und nationalen Richtung nicht in der Absicht, der Einführung einer reactionären Wendung in der deutschen Politik zu dienen, sondern nur in der Erwägung geschieden, daß der deutschen Vormacht und dem leitenden Staatsmanne in einer hochgespannten Lage die dringende Verlangung einer verfassungsmäßigen Maßnahme nicht versagt werden könne. Eine andere Erklärung konnte man allerdings nicht von der badischen Staatsleitung erwarten, die ja in schwerer Zeit die Vorläuferin des nationalen und freisinnigen Gedankens in Süddeutschland gewesen ist und diese ruhmvolle Stellung unter allen Umständen aufrecht erhalten hat. Die wichtigste Erklärung, welche das Karlsruhe Blatt aber mittheilt, richtet sich direct gegen die Bestrebungen, welche die jetzigen Zeitumstände zu einer rückläufigen Bewegung anzuregen müßten.
Die der freisinnigen Richtung feindlich gegenüber stehenden Parteien, so heißt es daselbst, scheinen allerdings in der Auflösung und bevorstehenden Neuwahl des Reichstages bereits das Anbrechen ihrer Wera zu erblicken. Dazu giebt ihnen aber schon der ausgesprochene Zweck des Bundesrathsbeschlusses keine Berechtigung, und gerade darum dürfte auch die oberste Vertretung des Reiches erwarten, daß dem von ihr eingebrachten Beschlusse keine der verbündeten Regierungen sich widersetzen und damit ihre Absichten mit Mißtrauen begünstigen werde.

Diese Rückweisung aller Reactionöveruche, so klar, so rund, so alle Zweideutigkeiten ausschließend, kann nur mit der größten Befriedigung begrüßt werden. Das Mißtrauen gegen die oberste Vertretung des Reiches wäre ein unbegründetes. Die Reaction, wenn eine kommen sollte, ginge diesmal nicht von oben, sondern von unten aus; es wäre ein Sturmfluth, die, durch die gewaltige Erregung des Augenblickes erzeugt, über die Grenzen weit hinausgehen könnte, die eine ruhige und systematische Staatsleitung festhalten muß. Hier scheint uns eine wirkliche Gefahr der Situation zu liegen, mit der es gut gewesen wäre zu rechnen, ebe der Auflösungsbeschluß gefaßt worden ist.
Der Redacteur der „Leipziger Socialdemokratischen Zeitung“, „Der Zeitgeist“, Poliser, ein österreichischer Staatsangehöriger, gegen den in Folge eines in der genannten Zeitung veröffentlichten Artikels die gerichtliche Untersuchung eingeleitet ist, ist verhaftet worden. — Nach einer Mittheilung der „Augsburger Abendzeitung“ hätte Dr. Jörg mit Bestimmtheit erklärt, ein Mandat zum Reichstage nicht wieder annehmen zu wollen.
Der Ausfall der Wahlen in Belgien bildet den Stoff des Tages in den liberalen Blättern von Paris, die ihren Nachbarn Blick dazu wünschen, daß sie von dem Alp der Jesuitenherrschaft erlöst würden. Die acht Jahre eines Ministeriums Malou nennen die „Debat“, „eine grausame Frist“ und geben den liberalen Belgiern den guten Rath: „Werft euren Gegnern nicht mehr die Fenster ein, sondern sucht die öffentliche Meinung zu gewinnen; eure Gesetze sind gut, lernt sie nur weise benutzen.“ Die „République“ hebt hervor, daß Belgien, wenn es der Herd der ultramontanen Wählererei in Europa geblieben wäre, sich um alle Sympathie bei seinen Nachbarn gebracht haben würde; Belgien, diese Schöpfung der Diplomatie nach der Julirevolution, habe nur eine Gewähr seines unabhängigen Daseins, wenn es mit der in Europa vorherrschenden Meinung in Einklang bleibe. Die belgischen Liberalen hielten sich für die Herren und Meister des Landes auf ewige Zeiten; dies liege im Temperament dieser Menschen; denn keine politische Partei verhalte so schnell in Uebertreibung, keine sei so cynisch in der Verhöhnung jeder anderen Ansicht wie die ultramontane Cohorte, die in Belgien die geistige, sittliche, finanzielle und industrielle Entfaltung der Nation hemmt und die Unwissenheit-

Leipzig, 16. Juni.
Niemand kann verkennen, daß die gegenwärtige, allerdings eben erst beginnende Wahlbewegung den Charakter der Zweipoligkeit, Unsicherheit, Unbestimmtheit trägt. Zunächst liegt Das ungewisselhaft daran, daß die Auflösung überflüssig war: die dringende, alle anderen Forderungen der politischen Lage überragende Aufgabe ist der Kampf gegen die Socialdemokratie; zu diesem gerade war aber die Anordnung von Neuwahlen nicht erforderlich, denn nachdem die Ereignisse die Nothwendigkeit und weiterer Maßnahmen zur Unterdrückung der socialdemokratischen Agitation erwiesen, hätte man sich über die Mittel dazu im alten Reichstage geeinigt, weil man sich darüber sofort hätte einigen müssen. Nachdem dennoch aufgelöst worden, empfanden man überall mehr oder weniger klar, daß die Hauptaufgabe des Augenblicks, nämlich die Bekämpfung der Socialdemokratie, nicht der Angelpunct eines Wahlkampfes sein kann; über den Zweck ist ja hinsichtlich derselben alle Welt einig; über die Mittel aber kann man sich nicht in Wahlversammlungen einigen, sondern nur im Parlament; denn der in den Wahlkampf geworfene Gegensatz von allgemeinen und Ausnahme-Gesetzen erschöpft diese Frage der Mittel nicht im Entferntesten; es sind die verschiedensten Vorschläge zur Niederhaltung der socialdemokratischen Agitation denkbar, welche sich in jene beiden Rubriken nicht einschließen lassen; sie alle können nur im Parlament gegen einander abgewogen werden. Das Recht der Wähler ist, ihren Vertretern gegenüber auszusprechen, daß sie auf alle Fälle die Unterdrückung der socialdemokratischen Agitation verlangen; die Pflicht der Gewählten wird es dann sein, für die Erfüllung dieses Auftrages zu sorgen. Das unter diesem Gesichtspunct eigentlich gar kein Streitgegenstand vorhanden ist und daß dennoch die Parteien einander in Folge der Eröffnung eines Wahlkampfes, rüstend gegenüberstehen, bedingt zunächst die denselben vorerhandlungszuzeichnende Unsicherheit.
Aber auch ein zweiter Grund veranlaßt die letztere. Weil der Kampf gegen die Socialdemokratie nicht ausreicht, die Anordnung von Neuwahlen zu motiviren, suchte man nach einem anderen Grunde, welcher dazu bewegen, und die conservative Presse sorgte dafür, daß man nicht lange zu suchen brauchte: sie gab die Parole der Zurückdrängung des Liberalismus aus. Wäre dieselbe unwidersprochen geblieben, so wäre die Sachlage allerdings vollständig geklärt gewesen. Aber jenes Fildgeskrei entsprach nicht der Auffassung, in welcher wenigstens ein Theil der maßgebenden Personen im Staatsministerium sowie im Bundesrath, und in welcher man an einer noch höheren Stelle der Auflösung zugestimmt; und so ist der Ton officiöser und conferativer Kampflust wieder stark herabgestimmt worden. Allein daß er überhaupt angeschlagen war, ist doch nicht vergesen zu machen; und so wird vorläufig die Wahlbewegung verwirrt durch den Zweifel, ob in ihrem weiteren Verlauf die ursprüngliche Festigkeit oder die augenblickliche Mäßigung die Oberhand gewinnen, ob der vor acht Tagen unvorsichtig verrathene böse Wille gegen den Liberalismus mächtiger sein wird, oder der Zwang, welcher diesem bösen Willen momentan auferlegt ist. Die Liberalen wünschen sich nicht Besseres, als im Bündnis mit allen anderen staatsrechtlich gesinnten Parteien die socialdemokratische Gefahr zu bekämpfen; sie hätten in einem Augenblicke, wie der gegenwärtige, keine Auflösung veranlaßt; aber sie können auch nicht, nachdem die gegen sie aufgeföhrenen Batterien unvorsichtig demaskirt worden, auf eine unbestimmte Versicherung hin, daß dieselben eigentlich Nichts zu bedeuten haben, sich beruhigen. Wir müssen und wollen bereit sein — und man soll in den gegenwärtigen Lagern wissen, daß wir es sind —: hinüberzuschießen, wenn herübergeschossen wird.
Die Lage mag aus den Gründen, welche oben berührt worden, unsklar und unbestimmt sein — die Aufgabe aller der liberalen Wähler, welche eingedenk sind, daß nicht für die Entscheidung über ein Gesetz, sondern für die parlamentarischen Aufgaben dreier Jahre gewählt wird, ist klar und bestimmt: ihren Vertretern die Unterdrückung dieser Agitation aber nur Männern zu erteilen, welche die freisinnigen Erregungszustände des letzten Jahrzehnts vertheidigen und in den jetzt schwebenden Steuerfragen dafür sorgen wollen, daß in unserm öffentlichen Leben der Reichstag ein selbstständiger Factor bleibt. Letzteres, so wenig davon augenblicklich gesprochen wird, ist der entscheidende Punkt unserer politischen Lage.